

Pressemitteilung: 31.01.2022

Autoren: Thomas Will Landrat des Kreises Groß-Gerau, Herbert Hunkel Bürgermeister der Stadt Neu-Isenburg, KAG-Vorstandsvorsitzender: Walter Astheimer Erster Kreisbeigeordneter des Kreises Groß-Gerau

KAG und ZRM begrüßen Beendigung der Anreizprogramme für Billig-Flieger und fordern sinnvolle Slot-Vergabe

KREIS GROSS-GERAU / STADT NEU-ISENBURG – Fünf Jahre nachdem die irische Billig-Airline Ryanair mit Rabatten bei den Start- und Landegebühen an den Frankfurter Flughafen gelockt wurde, wird die Basis nun zum 31. März 2022 geschlossen. Als Grund gibt Ryanair die kürzlich vorgenommene Erhöhung der Flughafenentgelte um 4,3 Prozent an - laut Fraport ist dies nur eine moderate Anhebung. Der Ryanair-Chef warf Fraport vor, durch die erhöhten Gebühren Verkehr und Arbeitsplätze zu vertreiben. Ryanair plant in der Konsequenz, mit anderen deutschen und europäischen Flughafenbetreibern zusammenzuarbeiten und sein Angebot auszuweiten.

„Am Beispiel von Ryanair zeigt sich nun, dass die Strategie der Fraport, auf Wachstum mithilfe von Billig-Airlines zu setzen und auf diese Weise mehr Flugbewegungen zu generieren, gescheitert ist“, kommentiert Walter Astheimer, Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG) und Erster Beigeordneter des Kreises Groß-Gerau, die aktuellen Entwicklungen. Tatsächlich waren es die kritisierten Billig-Airlines wie Ryanair, deren Flieger besonders häufig erst nach 23 Uhr landeten und bereits durch schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen negativ aufgefallen waren. Die KAG und die Initiative „Zukunft Rhein-Main“ (ZRM) fordern schon seit Jahren eine Abschaffung von Anreizprogrammen für Billig-Airlines, um zusätzliche Flugbewegungen, weiteren Fluglärm und Klimaschäden zu vermeiden.

„Angesichts der Unternehmenspolitik überrascht der Rückzug von Ryanair nicht. Der Sparkurs der Billig-Airlines geht auf Kosten der lärmgeplagten Bevölkerung und der Umwelt. Eine Anhebung der Start- und Landegebühen ist zu begrüßen und Anreizprogramme zur Anwerbung weiterer Billigflieger müssen abgeschafft werden“, kommentiert der Groß-Gerauer Landrat und ZRM-Sprecher Thomas Will. Fraport hatte zuletzt den Flugsteig G innerhalb des Terminals 3 fertiggestellt. Über diesen Flugsteig sollen künftig Flüge günstiger Fluglinien wie Ryanair abgewickelt werden. Die Eröffnung des Terminals 3 ist auf 2026 verschoben. „Wenn eine Airline nicht bereit ist, angemessene Gebühren zu entrichten, die auch für andere Airlines gelten, und anständige Löhne zu zahlen, sollte sie keine Basis mehr am Frankfurter Flughafen eröffnen dürfen“, so Will.

„Für uns bestätigt sich wieder, dass der Bau der Nordwestlandebahn eine Fehlplanung ist, die niemals hätte realisiert werden dürfen. Das Terminal 3 ist eine Fehlinvestition und Fraport sollte baldmöglichst ein Konzept vorlegen, welches eine für die Region sinnvolle Nutzung vorsieht. Dass Fraport die dem Flughafenausbau zugrundeliegende prognostizierte Zahl von 701.000 Flugbewegungen pro Jahr jemals erreichen wird, dürfte mittlerweile als unwahrscheinliches Szenario auch in den Vorstandsetagen angekommen sein“, sagt Herbert Hunkel, ebenfalls ZRM-Sprecher und Bürgermeister von Neu-Isenburg.

Einen weiteren Kritikpunkt sehen die Initiativen in den Start- und Landerechten, für deren Vergabe die EU-Kommission zuständig ist. Eine Fluglinie kann ihren Slot nur behalten, wenn sie eine Auslastungsquote von 80 Prozent erreicht. Während der Pandemie ist diese Quote aufgrund der zahlreichen Reisebeschränkungen auf 50 Prozent gesenkt worden - soll aber in diesem Jahr auf 64 Prozent steigen. Dadurch sehen sich viele Airlines gezwungen, nicht ausgelastete Maschinen starten zu lassen, um die Slots behalten zu können, auch wenn diese für die Unternehmen unökonomisch seien. Die Lufthansa-Gruppe etwa lässt aufgrund dieser Vorgaben bis zu 18.000 vermeidbare Flüge stattfinden.

„Daraus folgen unnötige Belastungen für die Region durch zusätzlichen Fluglärm und Luftverschmutzung. Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, eine Überarbeitung der Slot-Vergaberichtlinien bei den hierfür zuständigen Stellen zu beantragen. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite eine ernste Klimadebatte geführt wird und gleichzeitig nicht ausgelastete Maschinen fliegen müssen“, so Thomas Will abschließend.